

Der Staatsbankrott ist ja schon da! Betrachtung eines deutschen Nationalökonomen.

Die Frage, ob der Staatsbankrott ausbrechen wird oder ob er vermieden werden kann, wird auch in Deutschland von vielen gestellt. Und doch stehen wir bereits in der Gegenwart mitten im Staatsbankrott. Seine Kennzeichen treten allerdings nicht offen und nackt hervor, sondern verschleiert. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwer hält, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen sich unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10.000 Mark sein Eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat — oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig seinen Gehalt erhielt, nichts oder nur einen Teil desselben bekommt — oder daß der Fünftausendtribut, den der Zinsdienst des Reiches erfordert, nicht mehr entrichtet wird. All das würde, so schreibt der Nationalökonom Dr. Oskar Stille, eine offensichtliche Zahlungseinstellung des Reiches bedeuten und zu einer Katastrophe führen, deren Folgen man sich schwer vorstellen kann. Weil sich nun der Vorgang, um den es sich hier handelt, nicht in dieser Weise vollzieht, glauben viele, daß der Staat nach wie vor solvent sei und durchaus allen seinen Verpflichtungen nachkome, daß also vorläufig wenigstens von einem Bankrott nicht die Rede sein könnte. Sie erkennen das Wesen des Zustandes nicht, in dem sie leben, trotzdem sie seine Folgen und Leiden täglich verspüren.

Ein offener Bankrott, wie er früher vorkommen pflegte, trat in der Weise auf, daß der Staat auf den verschiedensten Gebieten seine Zahlungen einstellte. Von den Staaten der Gegenwart ist es die russische Sowjetrepublik, die in unzweideutiger Form den offenen Staatsbankrott erklärt hat, indem sie große Geldbeträge wertlos machte, die Anleihen annullierte u. s. w. Aber in anderen vom Kriege heimgesuchten Ländern, zu denen Deutschland gehört, meldet sich dieses Gespenst in anderer Form an. Es tritt nicht offen, sondern verschleiert hervor. Diese für die gegenwärtigen Staatswesen charakteristische Form des Bankrotts haben wir jetzt näher zu betrachten. Seine Kennzeichen sind andere als die der unmittelbaren Zahlungseinstellung. Wir sehen ja, wie jetzt während der Revolution die Notenpresse arbeitet und die Geldmittel geschaffen werden, um alle Verpflichtungen zu erfüllen: der Zinsdienst ist aufrecht erhalten, die Coupons werden eingelöst und kein Beamter braucht auf seinen Gehalt auch nur eine Stunde länger zu warten als bisher. Ja man zahlt sogar den Arbeitslosen Unterstufungen aus und gibt auch sonst für die verschiedensten Zwecke Geld aus, das pünktlich gezahlt wird.

Wollen wir uns aber den wahren Zustand Klarheit verschaffen, dann müssen wir die Symptome des versteckten Bankrotts aufsuchen, der in großen Teilwirkungen das wirtschaftliche und soziale Leben heimsucht und in dessen Schatten die Gegenwart ruht.

Das wichtigste Kennzeichen desselben ist die Entwertung des Geldwesens: die unaufhaltsame Entwertung der Krone, der Mark. Aber wohlgerichtet: nicht das Sinken der Valuta an sich ist ein Zeichen des Staatsbankrotts, denn es besteht auch in anderen Ländern, deren Finanzwesen noch gesund und intakt ist, sondern die Tatsache, daß der Staat diesem Sinken bei uns nicht mehr Einhalt zu gebieten vermag, daß er gezwungen ist, die Notenpresse immer weiter in Bewegung zu setzen und dadurch der Entwertung immer weiteren Vorschub zu leisten. So ist es gekommen, daß das deutsche Geld im Ausland 90 Prozent unter der Friedensparität steht, das heißt 3 Mark zurzeit eigentlich noch weniger wert sind als früher eine Mark; daß das deutschösterreichische Geld 90 Prozent unter der Friedensparität steht, neun Kronen im Ausland nun so viel „wert“ sind wie einstmal eine Krone. Dem entspricht auf der anderen Seite ein ungeheures Goldagio, eine immer größer werdende Differenz zwischen Papier und Metall.

Diese Geldentwertung hat zur Folge, daß der Staat aus eigener Kraft immer weniger fähig wird, im Ausland genügend Rohstoffe einzukaufen, um die Bevölkerung zu ernähren, und genügend Rohstoffe, um die Industrie zu speisen und in Gang zu setzen. Er kann es noch, aber unter unerhörten Opfern und durch Mittel, die seine finanzielle Unabhängigkeit weiter vermehren. Man ist es nur imstande um den Preis eines gewaltigen Einfuhrzolles, den er dem Ausland gegenüber zu entrichten hat und der in hohem Maße geeignet ist, einen Import überhaupt zu behindern.

Der maskierte Staatsbankrott kommt weiter zum Ausdruck in der Bewertung der Kriegsanleihen. Es gelingt nicht mehr, durch staatliche Intervention den Kurs zu halten. Allerdings zahlte vor dem Bekanntwerden des Friedensvertragsentwurfs die Deutsche Reichsbank für kleine Beträge noch einen Preis von 87½ Prozent. Seit dem 26. Mai aber beträgt der Aufnahmekurs nur noch 80 Prozent, und zwar für Beträge von 2000 Mark, wobei der Verkäufer nachzuweisen hat, daß er Zeigener der Anleihe war. Im freien Markte notierten die Kriegsanleihen damals nicht viel mehr als 80 Prozent. Inzwischen ist durch Maßnahmen der Finanzverwaltung der Kurs wieder in die Höhe gegangen, steht aber noch immer auf einer Stufe, die den Nennwert noch lange nicht erreicht. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er weiter sinken wird. Damit tritt eine automatische Verminderung der Anleihe-schuld ein. Nehmen wir einmal an, der Kursabfall würde 30 Prozent betragen, dann würden die nahezu 100 Milliarden Schuldverschreibungen nur noch 70 Milliarden wert sein, und diese Verschuldung ungeheurer privater Vermögensbestandteile würde ohne jede offizielle Annullierung gleichsam von selbst, durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, vor sich gegangen sein.

Aber auch bei der Verpflichtung des Reiches, die Kriegsanleihen zu verzinsen, werden bereits die ersten Symptome

des Bankrotts sichtbar. In dem neuen Steuerprogramm der Regierung befindet sich eine zehnprozentige Kapitalertragssteuer, deren Ergebnis auf 1,3 Milliarden geschätzt wird. Das bedeutet eine effektive Heruntersetzung der in Schuldverschreibungen verbrieften Staatsverpflichtungen um ein Zehntel. Der bis 1924 als fest garantierte Zins der Kriegsanleihe bleibt zwar nominell auf 5 Prozent bestehen, in Wirklichkeit aber beträgt er, wenn die Steuer eingeführt wird, nur noch 4½ Prozent, und das ist sicher erst der Anfang der Zinsreduktion; denn der Zinsbetrag ist auf die Dauer nicht aufzubringen.

Der verschleierte Staatsbankrott tritt weiter in der Unfähigkeit des Reiches und der Einzelstaaten zutage, den Gehalt ihrer Beamten mit den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Die Festbesoldeten sind die eigentlichen Leidtragenden der neuen Zeit. Denn der Staat, der die Garantie eines gewissen bleibenden Zustandes seiner Beamten übernommen, ist nicht mehr imstande, seiner Verpflichtung zu dessen Aufrechterhaltung nachzukommen, ihnen einen Gehalt zu zahlen, der in einem erträglichen Verhältnis zu den Preisen der Lebensnotwendigkeiten und den Anforderungen ihrer Lebenshaltung steht. Die Regierung hat das auch offen zugestanden.

Das alles sind Symptome des heute bestehenden Zustandes unserer wirtschaftlichen Lage und des mit ihr auf Gedeih und Verderb verbundenen Staatswesens. Ob sie sich vermehren oder vermindern werden, steht dahin. Daß der Schleier, der die Finanzlage umhüllt, durch die Erklärung des offenen Staatsbankrotts rücksichtslos weggerissen werden wird, ist jedoch nicht zu erwarten. Denn dies könnte das Übel nur verschlimmern. So würde sicherlich zum Beispiel die Annullierung der Kriegsanleihen, obgleich sie das Reich von einem gewaltigen Passivposten befreite, katastrophale Folgen haben. Die politische Aufgabe der Regierung kann daher nicht darin bestehen, den Zustand durch solche Maßnahmen zu verschärfen, sondern darin, den verschleierte Bankrott zu organisieren und Maßnahmen zu treffen, die seine Folgen ökonomisch auf ein Minimum reduzieren. Die ganze Staatskunst der Gegenwart wird sich darauf konzentrieren müssen, die Neuordnung der Finanzen in die Wege zu leiten und so im Rahmen des Möglichen den Gesundungsprozeß vorzubereiten.